Einfuhr in bestimmter Höhe, sondern nur in einer Quote des Bedarfs angeboten werden könne, d. h. also bei geringem Bedarf in entsprechend geringer Höhe, in Ermangelung eines Bedarfs überhaupt nichts. Es sei aber in hohem Grade bedenklich, mit einer Auslegung der Verträge, welche, wenn auch nicht dem Wortlaut, doch zweifellos dem Sinne und der Absicht der Verträge zuwiderlaufe, in der gegenwärtigen Zeit vorzugehen, da hiermit in politischer sowohl wie in wirthschaftlicher Beziehung für die Erhaltung des guten Einvernehmens mit den Vertragsstaaten für unseren Exporthandel und unsere Industrie eine schwere Gefahr verbunden sein würde.

Unter den in der Vorlage unter I 1 erwähnten Vorschlägen wurde nur der Gedanke einer Contingentirung der Einfuhr ausländischen Getreides aus der Mitte des Staatsraths in Erwägung gezogen. Von mehreren Seiten wurde betont, daß eine solche Contingentirung sich einfach dadurch bewirken lasse, daß das Reich nach und nach, dem sich geltend machenden Bedarf entsprechend, für die ausländischen Gebiete, deren Getreide für den Import in Betracht komme, gegen Zahlung des fixirten Verkaufspreises, abzüglich der Transportkosten und einer reichlichen Provision für den Importeur, Einfuhrscheine ausgebe und im Uebrigen den Vertrieb des eingeführten Getreides nach wie vor dem legitimen Handel überlasse; zur Unterscheidung der Importscheine könnten verschiedene Farben der Scheine angewendet werden. Dann handele es sich nicht um ein Monopol und habe der Staat Getreidehandel nicht zu betreiben.

Auch diesem Antrage stehen nach der Auffassung der Gegenseite im Wesentlichen die gleichen Bedenken entgegen wie dem Vorschlage des Grafen Kanitz, da auch hier eine Schätzung und Vertheilung des Bedarfs und zugleich des Imports auf verschiedene Länder eintreten müsse und neben der Schwierigkeit der Einfuhr die technischen und rechtlichen Zweifel und Schwierigkeiten bestehen blieben, auch das socialpolitische Bedenken nicht beseitigt werde. Die Vereinbarkeit mit den Handelsverträgen aber sei bei dem Verfahren ausgeschlossen.

Es wurde schließlich noch folgender Antrag gestellt:

„Der Staatsrath wolle beschließen:

In Erwägung, daß eine wirksame und nachhaltige Erhöhung der Getreidepreise volkswirthschaftlich ganz allgemein geboten und dieses nur im Wege staatlicher Einwirkung erreichbar erscheint, ist es anzuzeigt, daß zunächst mit den Regierungen derjenigen Staaten, welche mit dem deutschen Reiche Tarifverträge abgeschlossen und die an der Getreideeinfuhr nach Deutschland ein erhebliches Interesse haben, in Verhandlungen eingetreten werde behufs Herbeiführung einer Verständigung über diejenigen Maßnahmen, die auf der Grundlage der bestehenden Verträge die allgemein erwünschte Hebung der Getreidepreise zur Folge haben.

Auch diesem Antrage, zu dessen Begründung auf die früheren Verhandlungen verwiesen war, wurde entgegengehalten, daß derselbe der Staatsregierung die als unbedingt nothwendig hingestellte Lösung einer Aufgabe zuweise, ohne den Weg zu zeigen, auf welchem dies zu erreichen sei; der Hinweis auf die Verhandlungen mit anderen Mächten lasse die Schwierigkeit der späteren Ausführung noch ganz unerledigt.

Deutsches Reich.

Z. **Dresden**, 28. März. Die von verschiedenen Seiten gebrachte Nachricht, daß der König von Sachsen nach Friedrichsruh reisen werde, entbehrt, wie wir aus zuverlässigster Quelle erfahren, jeder thatsächlichsten Begründung.

C. H. **Berlin**, 28. März. Die Frage der Maifeier beschäftigt jetzt unausgesetzt die socialdemokratischen Versammlungen, und immer mehr stellt sich heraus, daß sie zum Zankapfel in der Partei werden wird. Schon früher gab es Schaaren, die im Gegensatz zu der Parteileitung den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe gefeiert wissen wollten; mit jedem Jahre wurde es den Führern schwerer, die Opponenten niederzuhalten; im vorigen Jahre machten trotz aller Abmahnungen die Böttcher in Berlin gegen den Parteibeschluß Front und zettelten den Bierboycott an, der 200 000 ℳ verschlang und zahlreiche Existenzen ruinirte; etwa 100 Böttcher und Brauer sind noch heute ohne Stellung. Man hätte nun glauben sollen, diese Erfahrung sei noch unvergessen; aber weit gefehlt: die Richtung in der Partei, welche am 1. Mai die Arbeit vollständig liegen lassen will, ist stärker als zuvor. Die anarchistischen Elemente haben sich in die Gewerkschaften geflüchtet und treiben hier ihr Unwesen; auf diese anarchistischen Wühlereien ist es zurückzuführen, daß eine Anzahl Gewerkschaften (Schuhmacher, Metalldrücker) sich für vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesprochen haben. In anderen Gewerkschaften stehen sich die Parteien schroff gegenüber; die Mehrzahl der Versammlungsbesucher glaubte eine würdige Maifeier nur durch Ruhenlassen aller Arbeit begehen zu können. Die Parteileitung hat schon dringliche Mahnungen erlassen, schließlich hat sie sich doch entschlossen, den Extremen dadurch entgegen zu kommen, daß sie für den 1. Mai vollständige Arbeitsruhe da empfahl, wo die Collegen in den Werkstätten einmüthig sind. Rühren sich die Arbeitgeber nicht, oder nehmen sie eine so schlaffe Haltung ein, wie etliche Fabrikanten der Holzarbeiterbranche, so kann es sich ereignen, daß die Maifeier allmählich den Charakter annimmt, den die extremen Elemente ihr gegeben wissen wollen. Ist erst der Anfang gemacht, so ist ein „Zurück" sehr schwer.

* **Berlin**, 28. März. Aus Arnsberg (Westfalen), 25. März, erhalten die „Berl. N. N." folgende Zuschrift:

„Sehr geehrte Redaction! Angesichts des beschämenden Reichstagsbeschlusses vom 23. d. M., betreffend die Ehrung des Fürsten Bismarck, begegnet man hier in Centrumskreisen der Ansicht, als sei dem Centrum die Zustimmung durch die nationalen Parteien in folgender Weise unmöglich gemacht worden: Es sollen Verhandlungen im Seniorenconvent vorangegangen sein, in welchen das Centrum sich bereit erklärt hätte, der Ehrung für Bismarck, den Mitbegründer des deutschen Reiches, zuzustimmen, während von den nationalgesinnten Parteien darauf bestanden wäre, die Ehrung Bismarck's als größesten Staatsmann oder Politiker stattfinden zu lassen. Wenn auch für jeden rechtlich und national denkenden Menschen diese Sophisterei — selbst wenn dieselbe den thatsächlichen Verhältnissen entsprechen würde — das Verhalten des Centrums nicht entschuldigen könnte, so würde darin doch für manche Katholiken der Schein einer Entschuldigung liegen."

Nach Information von bestunterrichteter Seite können die „Berl. N. N." darauf erwidern: Die Voraussetzung des Briefes, daß das Centrum sich bereit erklärt habe, der Ehrung des Fürsten Bismarck als „Mitbegründer des deutschen Reiches" zuzustimmen, ist durchaus irrig. Im Gegentheil hatten die nationalen Parteien dem Centrum die Brücke gebaut, es möge eine Erklärung dahin abgeben, daß es zwar aus kirchenpolitischen Gründen nicht theilnehmen könne, sich aber der Abstimung enthalten werde, um nicht störend einzugreifen. Dieser Ausweg wurde vom Centrum, wie verlautet, gegen die Stimmen einsichtiger Führer verworfen, es beharrte vielmehr auf dem alten Beschlusse. Somit entspricht die in durchsichtiger Absicht verbreitete Unterstellung, daß die nationalen Parteien dem Centrum eine Betheiligung unmöglich gemacht hätten, nicht der Wahrheit.

Y **Berlin**, 28. März. (Telegramm.) Zu der gestrigen Frühstückstafel bei dem **Kaiserpaare** waren Prinz Friedrich Leopold von Preußen, Herzog und Herzogin Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, der zum Botschafter in Washington bestimmte Freiherr von Thielmann und Gemahlin, Freiherr von Lilienecron und Gemahlin, Freifrau von Mirbach und der Gesandte Dr. Busch geladen. Nachmittags unternahmen der Kaiser und die Kaiserin einen gemeinsamen Spazierritt. Abends wohnte der Kaiser der Vorstellung im Schauspielhause bei. Heute Vormittag hörte der Kaiser die Vorträge des Kriegsministers Bronsart von Schellendorff und des Generaladjutanten von Hahnke; dann nahm der Kaiser die Meldungen der Generäle von Wickern und von Lindequist entgegen. Später überreichte Oberstlieutenant Krahe die Orden seines verstorbenen Schwiegervaters und Lieutenant von Versen vom Leib-Garde-Husaren-Regiment die Orden seines verstorbenen Vaters.

B) **Berlin**, 28. März. (Privattelegramm.) Zu dem großen **Bismarckcommerse**, den die Ruder- und Segelvereine der Oberspree und Havel am 30. d. M. in der Brauerei Friedrichshain abzuhalten gedenken, sind bereits 3325 Eintrittskarten ausgegeben worden. Der Ausschuß hat auf die an den Fürsten Bismarck gerichtete Bitte um Genehmigung bezüglich der geplanten Verwendung des Ueberschusses für die nothleidenden Nordseefischerfamilien folgende Antwort des Dr. Chrysander erhalten: „Auf Ihr gef. Schreiben an den Fürsten Bismarck bin ich beauftragt, Ihnen zu erwidern, daß der Fürst sich sehr freuen wird, wenn der Ueberschuß aus dem Commers, der ihm zu Ehren von den Ruder- und Segelvereinen der Oberspree und Havel abgehalten werden soll, zu einem so wohlthätigen Zweck Verwendung findet, wie es der beabsichtigte ist."

* **Berlin**, 28. März. (Privattelegramm.) Die „Post" meldet: Der Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. **Schneider** aus dem Cultusministerium hatte infolge der Erkrankung seiner Augen vor einiger Zeit beabsichtigt, sich in den Ruhestand zurückzuziehen. Infolge der Besserung seines Zustandes ist der verdiente Beamte von seiner Absicht zurückgekommen.

— Zur Kritik der im Reichstage vollzogenen Präsidentenwahl verlohnt es sich, auf folgende Ziffern hinzuweisen; das 99 Mitglieder zählende Centrum stellt zwei Mitglieder des Präsidiums, die Freisinnige Volkspartei, die den ersten Vicepräsidenten geliefert hat, zählt 22 Mitglieder. Die höchste Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 186, also 13 weniger als zur Beschlußfähigkeit des Hauses (199) erforderlich sind.

— Die vielfachen Abweichungen im Anzuge der Officiere, der in den letzten Jahren der Mode in ungewöhnlichem Maße unterworfen war und zum Einschreiten an höchster Stelle Veranlassung gegeben hatte, haben das Kriegsministerium zur Bearbeitung einer Bekleidungsvorschrift für Officiere veranlaßt, die auch manche in der Bekleidungsfrage der Officiere aufgetretene Unsicherheit beseitigen wird. Sobald die Veröffentlichung der Vorschrift im Armee-Verordnungsblatt bekannt gegeben ist, wird sie auch im Buchhandel käuflich sein.

— Wie verlautet, widmet die preußische Regierung neuerdings der Frage größere Aufmerksamkeit, ob es nicht möglich wäre, eine stärkere Heranziehung der Krankencassen beim Einziehen der Beträge für die Alters- und Invaliditäts-Versicherung herbeizuführen und hierdurch den Klagen abzuhelfen, die über das Einkleben der Marken in die Quittungsbücher erhoben werden.

— In einer Versammlung des conservativen Bürgervereins der Dorotheenstadt erklärte der bisherige Stadtverordnete Dr. Hentig, daß er die Disciplinar-Untersuchung gegen sich beantragen werde. In der weiteren Debatte kam die Frage zur Verhandlung, ob man sich an der Ersatzwahl für Dr. Hentig betheiligen wolle. Diese Frage wurde bejaht; die Aufstellung des Candidaten soll in einer späteren Versammlung stattfinden.

— Der Präsident des Reichsversicherungsamts, Herr Dr. Bödiker, hat auf Einladung des Festcomités der Einweihung des in Paris errichteten „Socialen Museums" für Unfallversicherung, Fabrikhygiene und sonstige Wohlfahrtseinrichtungen beigewohnt.

* **Posen**, 27. März. Der Erzbischof von Stablewski ernannte an Stelle des verstorbenen Prälaten Marxanski den in Rom als Hauscaplan des Cardinals Grafen Ledochowski wohnhaften päpstlichen Kämmerer Dr. Meszczynski zum Domherrn in Posen. Dieser hat s. Z. freiwillig die Haft des damaligen Erzbischofs Grafen Ledochowski als dessen Hauscaplan in Ostrowo während der Culturkampfzeit von 1874 bis 1876 getheilt. — Wie die Polen auch unpolitische Dinge für ihre separatistischen Bestrebungen auszunutzen, zeigt wieder der folgende Bericht: „In der vorgestern abgehaltenen Sitzung des polnischen Turn-Vereins ist die Gründung einer Section für den Radfahrersport beschlossen worden. Es wurde hervorgehoben, daß sich in Posen an 250 Radfahrer befänden, von welchen wenigstens der dritte Theil Polen seien, die sich beim Mangel eines polnischen Vereins den deutschen Radfahrer-Clubs anschlössen. Es wurde der Beschluß gefaßt, zum 1. April eine constituirende Versammlung einzuberufen."

* **Stettin**, 27. März. Der Magistrat beschloß, dem Beschluß der Stadtverordneten auf Erlaß einer Glückwunschadresse an den Fürsten Bismarck zuzustimmen.

* **Aus Nordschleswig**, 27. März. Zwei Tage nach der Reichstagsabstimmung vom 23. d. M. hielten Hadersleb'ener Dänen eine politische Versammlung in Gram an der Gjelsau ab. Als Ausgangspunct seines Vortrages nahm der Vorsitzende, Red. H. P. Hansen, die Abstimmung des Reichstages vom 23. März. — Er bezeichnete dieselbe als ein erfreuliches Zeichen der Zeit, daß das deutsche Volk den Stab gebrochen hätte über die Politik eines Mannes, welche auch ihr, nämlich der Dänen, Unglück gewesen war. Man sollte jetzt die Stellung des Dänenthums genau betrachten; denn man könnte aus den gewonnenen Erfahrungen Hoffnung und Trost für die Zukunft gewinnen. Es würden jetzt wohl Zeiten kommen, wo die Unzufriedenheit mit den Früchten der Bismarck'schen Politik auch ihnen zu Gute käme, und ihre Hoffnung — die Wiedervereinigung mit Dänemark natürlich — in Erfüllung ginge. — Dies der Eindruck, den die Abstimmung auf unsere Danomanen gemacht!

Y **Friedrichsruh**, 28. März. (Telegramm.) Fürst Bismarck befindet sich nach einer guten Nacht äußerst wohl. — Die Zahl der Vereine und Corporationen, die den Wunsch geäußert haben, ihre Gratulationsadressen dem Fürsten Bismarck durch Deputationen persönlich zu überreichen, ist neuerdings so bedeutend gewachsen, daß der Fürst — wie durch Dr. Chrysander mitgetheilt worden ist — auf ärztliches Anrathen sich außer Stande sieht, in nächster Zeit diesen Wünschen zu entsprechen.

* **Hamburg**, 28. März. (Telegramm.) Die gestern von der Hamburgischen Bürgerschaft an den Fürsten Bismarck abgesandte Glückwunschdepesche lautete:

„Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck, Friedrichsruh. Eurer Durchlaucht, dem Schöpfer des Deutschen Reiches, unserem großen Ehrenbürger, sendet in Dankbarkeit und Verehrung die hamburgische Bürgerschaft auf Grund eines in heutiger Sitzung einstimmig gefaßten Beschlusses ehrerbietige und herzliche Glückwünsche zum achtzigjährigen Geburtstage. Der Präsident der Bürgerschaft: Siegmund Hinrichsen."

Hierauf ist heute Vormittag folgende Antwort eingetroffen:

„Friedrichsruh, 28. März 1895 8 Uhr Vormittags. Dem Präsidenten der Bürgerschaft, Hamburg. Durch die freundnachbarliche Begrüßung der Bürgerschaft fühle ich mich hochgeehrt und bitte meine Herren Mitbürger, meinen wärmsten Dank entgegenzunehmen. von Bismarck.

* **Detmold**, 27. März. Die Landtagsausschußdeputirten haben an den Cabinetsminister v. Wolfgramm folgendes Protest-Schreiben gerichtet:

„An Seine Excellenz Herrn Cabinetsminister v. Wolfgramm gestatten sich die ergebenst unterzeichneten Ausschußdeputirten des Landtags die Erklärung zu richten, daß sie gegen den Inhalt der am 20. und 21. d. M. publicirten Verfügungen: 1) der Anordnung Sr. Durchlaucht des hochseligen Fürsten Woldemar vom 15. October 1890, die Uebertragung der Regentschaft an Se. Durchlaucht den Prinzen Adolf Wilhelm Victor zu Schaumburg-Lippe betr., 2) der Erklärung Sr. Durchlaucht des Prinzen Adolf Wilhelm Victor vom 21. des Monats, daß Hochderselbe die Regierung des Fürstenthums Lippe mit allen Rechten und Pflichten als Regent angetreten habe, in Vertretung der Rechte des Landtags so lange Verwahrung einlegen müssen, bis Letzterer in Uebereinstimmung mit §. 26 der Verfassung vom 6. Juli 1836 zum 6. April d. J. zusammenzutreten berufen worden ist, die erforderlichen auf obige Verfügungen und überhaupt auf die gegenwärtige Rechtslage bezüglichen Beschlüsse zu fassen Veranlassung und genügende Grundlagen hat. Zu letzteren dürfte vor Allem ein beglaubigter Nachweis über den gegenwärtigen Gesundheitszustand des nächstberechtigten Thronerben zu rechnen sein (des geisteskranken Fürsten Alexander. Die Red.). Steinbeck, den 22. März 1895. Die Ausschußdeputirten des Landtages. v. Lengerke. Schemmel. Potthoff."

Aus dem Schriftstücke geht hervor, daß der Landtag nicht gewillt ist, die durch die genannten Erlasse geschaffene Situation ohne Weiteres anzuerkennen. In den nächsten Tagen findet eine Zusammenkunft der Landtagsabgeordneten in Lemgo statt, in welcher voraussichtlich ein Beschluß darüber gefaßt werden wird, ob dieselben der Einberufung auf den 6. April Folge leisten und damit indirect die Berechtigung des Prinzen Adolf, Regierungshandlungen vorzunehmen, anerkennen wollen, oder nicht. Die Bemerkung in dem Schreiben der Ausschußdeputirten, daß der Landtag „in Uebereinstimmung mit §. 26 der Verfassung zusammentreten berufen worden sei," läßt darauf schließen, daß die Deputirten der Meinung sind, der Landtag werde der Einberufung Folge leisten.

* **Cleve**, 26. März. Eine Versammlung der Geistlichen der Kreissynode Cleve hat gestern nachstehendes Glückwunsch-Telegramm an den Fürsten Bismarck abgesandt:

„Die in Goch versammelte Conferenz der Geistlichen der Kreis-Synode Cleve spricht angesichts des bevorstehenden 80. Geburtstages Ew. Durchlaucht, dem Begründer des deutschen Reichs, ihre unauslöschliche Dankbarkeit und Verehrung aus und fügt zugleich hinzu, daß der eine Ehrung Ew. Durchlaucht ablehnende Beschluß des Reichstages auch hier in der äußersten Westmark als eine Beschimpfung der nationalen Ehre empfunden wird. gez.: Pfarrer Giese in Vlatzdorf, stellvertretender Superintendent."

th. **Aus Thüringen**, 28. März. Der Gemeinderath in Neustadt a. O. hat beschlossen, den Fürsten Bismarck zum Ehrenbürger der Stadt zu ernennen und einer Straße den Namen Bismarckstraße zu geben. In Eisenberg will der Verschönerungsverein ein Bismarck-Denkmal errichten. An vielen Stellen in Thüringen werden zur Feier des 1. April Freudenfeuer angezündet werden, vor Allem im Saalethale, in Jena auch an der Stelle, von der aus Fürst Bismarck am 30. Juli 1892 die erleuchteten Höhen des Thales besichtigte. In der mit dem Fürsten so eng verbundenen thüringischen Universitätsstadt finden folgende Feierlichkeiten statt: Weckruf durch die Straßen der Stadt, Festgeläute, Musikaufführung auf dem Marktplatze, volksthümliche Abendfeier im Theatersaale, Festessen im Gasthaus zum Schwarzen Bären, wo Fürst Bismarck als Gast der Stadt genohnt hat.

* **Darmstadt**, 28. März. (Telegramm.) Die Königin von England wird Ende April hier eintreffen. Der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha wird mit dem Erbprinzen am Sonnabend nach Coburg zurückkehren, während die Herzogin mit den Prinzessinnen noch hier bleibt. (Wiederholt.)

* **Karlsruhe**, 28. März. Das Großherzogspaar reist morgen von Berlin nach Weimar und trifft am Sonntag Nacht hier ein. (F. Z.)

* **Aus Elsaß-Lothringen**, 27. März. Vom 1. April ab wird in Schlettstadt auf dem Bürgermeister-Amt ein Arbeits-Nachweis eingerichtet. Er steht Arbeitgebern und Arbeitnehmern unentgeltlich zur Verfügung.

* **München**, 28. März. Die alt-katholische Gemeinde hat ein Glückwunschtelegramm an den Fürsten Bismarck abgesandt.

* **Berchtesgaden**, 27. März. Zur Veranstaltung einer Bismarck-Feier hat sich auch hier unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Kerschbaumer ein Comité gebildet. Außer Abhaltung einer Festversammlung wurde beschlossen, wenn es die Witterungs- und Schneeverhältnisse irgendwie gestatten, auf dem Untersberg (bayer. Hochthron), der Knäuselspitze, auf dem Roßfeld, in Salzberg und eventuell auf dem Watzmann Freudenfeuer auflodern zu lassen, die bekunden sollen, daß deutschgesinnte Männer im äußersten Süden des Deutschen Reiches dem Fürsten Bismarck ihre Verehrung und Dankbarkeit bezeugen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Innsbruck**, 28. März. Das „Tiroler Amtsblatt" bringt folgendes „Eingesandt": „Der Unterzeichnete erklärt, die von einem Theile der Presse der Unterfertigung einer Glückwunschadresse an den Fürsten Bismarck unterschobene ehrenrührige Auslegung für sich als Staatsbeamter entschieden abzulehnen, und verwahrt sich ferner dagegen, daß von eben dieser Seite dem einfachen Ausdruck der Verehrung für den hervorragendsten Staatsmann des deutschen Reiches eine demonstrative Bedeutung gegeben wird. Dr. Ludwig Sprung". — Dr. Sprung ist der einzige k. k. Beamte der seine Unterschrift trotz des bekannten Druckes und der Maßregelung von oben nicht zurückgezogen hat. Hoffentlich wird seine Erklärung die erregten Gemüther in Regierungskreisen beruhigen. Viele Staatsbeamte haben, da ihnen die Unterfertigung der Adresse unmöglich gemacht wurde, nachträglich eine größere Summe gezeichnet, die nach den verlautbarten Bestimmungen der Veranstalter den Schulen im gemischtsprachigen Gebiet an der Sprachgrenze zufließen soll. Die klerikalen „Tyroler Stimmen" fügen zu den bereits in Sachen der Bismarck-Ehrung gebrachten Verleumdungen und Denunciationen noch die Unwahrheit hinzu, daß sie bei Besprechung der Bauernvereinsadresse sagen: „Diesem Verein gehören Tyroler Bauern nicht an". §. 5 der Statuten des Bauernvereins, den die „Tyrol. St." wohl kennen, lautet: „Jeder unbescholtene, eigenberechtigte Mann, der zugleich, sei es nun in Städten, Märkten oder auf dem Lande, Grundbesitzer ist und nicht dem Stande der Advocaten, Beamten, des Adels und der Geistlichkeit was immer für einer Confession angehört, kann dem Verein als ordentliches Mitglied beitreten."

* **Triest**, 28. März. (Privattelegramm.) Die hiesige deutsche Colonie sandte heute an den Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh eine kunstvoll ausgeführte Adresse, deren Deckel mit Darstellungen des deutschen Reichsadlers, des Bismarck'schen Wappens, sowie dessen der Stadt Triest geziert ist.

* **Lemberg**, 28. März. (Telegramm.) Das Organ der polnischen conservativen „Przegland" tadelt die Haltung der preußischen Polen im Reichstage bei der Frage der Bismarckehrung. Der Papst Leo habe 1885 Bismarck ein eigenhändiges Schreiben mit dem Christus-Orden übersendet; daher sei für das Centrum kein Grund vorhanden gewesen, gegen die Bismarckehrung aufzutreten. Die Polen aber sollten sich hüten, dem Beispiele der Socialisten und Freisinnigen folgend, den Wünschen der Krone geflissentlich entgegen zu handeln. In Berlin sollten die polnischen Abgeordneten gerade wie in Wien unbeeinflußt von den Lockrufen der Parteien sich nach den Wünschen der Krone richten. Das Wohlwollen des Kaisers würde den Polen mehr reale Vortheile bringen als die effectvollsten Beschlüsse des Reichstags. (Mgdb. Ztg.)

* **Pest**, 28. März. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus. Der Antrag der Oppositionellen auf Entsendung einer parlamentarischen Untersuchungscommission wegen der Neutraer Wahlen wurde mit Majorität abgelehnt. Die Regierung hatte wiederholt erklärt, daß die competenten Verwaltungsbehörden viel zweckentsprechender seien. (Wdhlt.)

* **Pest**, 28. März. (Telegramm.) Graf Julius Szapary und 8 andere oppositionelle Abgeordnete, welche der Neutraer Wahlpräsident Gustav Tarnoczy in seiner gestern von den Zeitungen veröffentlichten Erklärung „feige Verleumder" genannt hatte, haben, obwohl die Parteien erklärten, Tarnoczy könne Niemand beleidigen, Tarnoczy fordern lassen. Bisher sind 27 Abgeordnete in die Angelegenheit verwickelt.

Frankreich.

* **Lyon**, 28. März. (Telegramm.) Präsident Felix Faure kam heute früh ½9 Uhr im Lager von Sathonay an. Derselbe wurde von den Militair- und Civilbehörden empfangen und von der Menge lebhaft begrüßt. Der Präsident übergab alsdann die Fahnen an die nach Madagaskar bestimmten Truppen mit folgender Ansprache: „Mit Stolz und Vertrauen wird Frankreich Euch im Verlaufe des Feldzuges folgen, den Ihr nun unternehmt, um unsere Landsleute zu beschützen, die Interessen des Landes zu vertheidigen und unserem Rechte Achtung zu verschaffen. Vergeßt nicht, daß die Fahne in ihren Falten, mit dem Ansehen unserer Waffen, den Genius Frankreichs trägt, und erweist Euch der civilisatorischen Sendung würdig, welche die Republik Euch anvertraut." (Wiederholt.)

* **Sathonay**, 28. März. (Telegramm.) Präsident Feliz Faure hielt die Musterung über die Truppen ab. Eine zahlreiche Zuschauermenge, welche den Präsidenten lebhaft begrüßte, wohnte dem Schauspiele bei. Bei dem Frühstücke, welches unter einem Zelte abgehalten wurde, erwiderte der Präsident dem auf ihn ausgebrachten Trinkspruche mit folgender Ansprache: „Die Armee, der Schutz und die Hoffnung des Vaterlandes, ist der beständige Gegenstand der Fürsorge der Regierung und des ganzen Landes. Das Land hat seit 25 Jahren allen Opfern für die Armee zugestimmt, und diese wußte den Erwartungen des Landes zu entsprechen. Sie wird auf dem Wege der Arbeit ausharren, die schönen Ueberlieferungen der Tapferkeit und der Manneszucht wahren und die nöthigen Kräfte erlangen, um den Frieden durch die Größe des Vaterlandes sicherzustellen.

Belgien.

* **Brüssel**, 27. März. Im Hinblick auf die immer mächtiger anschwellende Protestbewegung in der Stimmrechtsfrage hat die Regierung eine ganze Reihe militairischer Maßnahmen getroffen. Die Truppen zahlreicher Garnisonen haben (wie schon gemeldet) den Befehl erhalten, sich marschbereit zu halten. In den Hauptbahnhöfen sind Militairzüge bereit gestellt. Ob aber die Armee gerade in der Stimmrechtsfrage tactfest ist, bleibt abzuwarten; jedenfalls behaupten die Socialisten einmüthig, daß Regierung und Bourgeoisie einer Täuschung entgegen gehen. Selbst die Brüsseler Polizei ist von heute ab consignirt. Nicht minder bedenklich ist eine andere neue Erscheinung, welche nur bestätigt, daß die Congoannexion eine ernste Gefahr für die belgische Monarchie und Dynastie ist. Bisher hatten nur die Socialisten die antimonarchische Agitation in Scene gesetzt. Jetzt beginnen auch die Christlich-Socialen in diese Bahnen einzulenken. Auch diese wollen von der Congoannexion nichts wissen, sondern die belgischen Staatsmittel für sociale Reformen und für Besserung der arbeitenden Classen, nicht für Afrika verwendet sehen. Die Lüttticher Christlich-Socialen hielten vorgestern eine große Protestversammlung ab, der auch Socialdemokraten beiwohnten. Eine etwaige Annahme der Congoannexion durch die Kammer wird sicher nicht ohne ernste Störungen abgehen.

Spanien.

* **Madrid**, 28. März. (Telegramm.) Deputirtenkammer. Auf die Anfrage des Republikaners Pedregal nach den Ursachen der Ministerkrisis, erwiderte der Ministerpräsident Canovas del Castillo, er habe die Regierung bedingungslos übernommen und habe das Recht, sich um die Beweggründe, welche das liberale Cabinet zu demissionieren bewogen, nicht zu bekümmern.

Großbritannien.

* **London**, 28. März. (Telegramm.) Feldmarschall Sir Patrick Grant ist heute, 91 Jahre alt, gestorben.

Dänemark.

* **Kopenhagen**, 28. März. (Telegramm.) Der Abg. Dinesen, eines der hervorragendsten Mitglieder des Reichstages, hat heute Selbstmord verübt. (Frkf. Ztg.)

Rußland.

* **Petersburg**, 28. März. (Telegramm.) Die heute früh erschienene Nummer des russischen „Bulletin für finanzielle Statistik und Gesetzgebung" enthält eine eingehende Zurückweisung aller Behauptungen und Unterstellungen des von Chon gegen Witte herausgegebenen Buches.

Asien.

* **Yokohama**, 28. März. (Telegramm.) Es wird hier angenommen, daß die Friedensunterhandlungen mit China in wenigen Tagen wieder aufgenommen werden.

* **Kalkutta**, 28. März. (Telegramm.) Vorgestern wurde 75 Meilen von Jabalpur entfernt versucht, einen Eisenbahnzug, welcher Truppen transportirte, zu zerstören. Der Zug kam indessen ohne Schaden davon.

* **Naushara**, 28. März. (Telegramm.) (Meldung des „Reuter'schen Bureaus".) Die Tschitral-Expedition wird am 30. März beginnen, nordwärts vorzurücken. Man erwartet, daß die Swatis sowohl am Malakund Paß als am Swati-Flusse sich der Expedition entgegenstellen werden.

Amerika.

* **Madrid**, 28. März. (Telegramm.) Dem Marschall Martinez Campos sollen für die Kriegführung auf Cuba 10 Millionen Pesetas zur Verfügung gestellt werden. — Die Kriegsschiffe „Alonzo", „Pinzon", „Castilla" und „Filipinas" werden unverweilt nach Cuba abgehen.

* **Baltimore**, 27. März. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus.") Der von Santiago de Cuba hier eingetroffene englische Dampfer „Laurestina" berichtet, daß am 18. d. M. die Schildwache eines spanischen Forts einen Matrosen des Dampfers „Laurestina", der, da er nicht Spanisch verstand, den Haftbefehl der Schildwache nicht verstand und davonlief, erschossen habe. Der Commandeur des Forts verweigerte die Auslieferung des Erschossenen. Der Capitain der „Laurestina" hat bei der englischen Regierung Beschwerde eingereicht.

* **New-York**, 27. März. Laut Nachrichten aus **Colon** von heute berichtet die Columbische Regierung, daß am 15. d. M. eine Abtheilung Regierungstruppen etwa 2500 Aufständische bei Eusio geschlagen und diesen Ort eingenommen hat. Der Verlust der Regierungstruppen betrug etwa 700, der der Aufständischen etwa 1200 Mann.

Marine.

* **Kiel**, 28. März. (Telegramm.) Das Schiffsjungenschulschiff „Moltke" ist von der sechsmonatigen Reise aus Westindien heimgekehrt.

Aus der Landeskirche.

Erledigte geistliche Stellen.

1) Collatur des Landesconsistoriums.

Pfarramt Sehma-Annaberg — Cl. IV. —, Seelenzahl der Parochie: 3114; Pfarr- und Superintendentenamt zu Oschatz — Cl. IX. —, Seelenzahl der Ephorie: 52 000, der Parochie: 9800; Diaconat Kaditz (Dresden II.) — Cl. I. —, Seelenzahl: 4720.

2) Privatcollaturen.

Katechetenamt für den Trinitatis- und Johannisfriedhof zu Dresden — Cl. II. —, Coll.: Stadtrath das.; Pfarramt Ruppersdorf-Borna — Cl. II. —, Coll.: Frau Rittergutsbes. Kamprad auf Wildenhain bei Lucka, Seelenzahl: 295; Pfarramt Wilschdorf (Radeberg) — Cl. I. —, Coll.: Se. Durchlaucht Prinz Georg von Schönburg-Waldenburg, Seelenzahl: 604; das 3. Subdiaconat für Alt-Leipzig — Cl. I. —, Coll.: der Stadtrath das. (Gesammtbezirk der inneren Stadt); das 3. Diaconat zu Crimmitschau (Werdau) — Cl. II. —, Coll.: der Stadtrath das., Seelenzahl: 26 000.